

NETZEFFEKTE UND DER WANDEL POLITISCHER GOVERNANCE-KONZEPTE

VON ANDREAS HETZER

I. PROBLEMAUFRISS

Im politischen Feld haben wir es mit zwei Formen des Theorie-Imports zu tun. Zum einen bedienen sich Politiker aus dem theoretischen Reservoir diverser Diskurse und instrumentalisieren sie zur Verfolgung politischer Zielvorgaben. Davon lässt sich zum anderen der Eingriff von Akteuren in das politische Geschehen unterscheiden, der auf Theoriekonzepten oder theoretischen Versatzstücken basieren kann. Bei diesem doppelseitigen Prozess ist von einem Spannungsverhältnis zwischen originärer Theorie und deren Adaption bzw. Transformation im politischen Diskurs auszugehen. Im Folgenden soll es jedoch weniger darauf ankommen, diese beiden Phänomene zu beschreiben, sondern auf die Darstellung der Konsequenzen des Netzwerktheorems für das System der Politik. Meine Überlegungen basieren auf der Hypothese, dass der Theorie-Import einerseits die politischen Handlungs- und Entwicklungsalternativen des Medienprozesses im Sinne einer „prozeßsteuernde[n] Setzung“¹ begrenzt, und dass andererseits die dadurch mögliche mediale Entwicklung Rückkopplungen für das System der Politik mit sich bringt, das in der Folge vor neue Herausforderungen seiner Systemorganisation gestellt wird. Einschränkend muss darauf verwiesen werden, dass keinesfalls allein die Politik die Rahmenbedingungen der Medienevolution bestimmt, sondern diese nur einen Faktor in einem komplexen Bedingungsgefüge darstellt.² Hier soll jedoch nur am Beispiel der Entwicklung des Internet als Vernetzungs-Medium nachvollzogen werden, inwieweit der mediale Wandel soziale Netzwerkeffekte hervorbringt, die – wie bei der Internet-Regulierung – zu neuen Governance-Strukturen führen. Insofern gilt das Interesse in dieser kurzen Skizze nicht den Steuerungsparametern der Mediendynamik, sondern stärker der sozialen Dynamik selbst, die von der Vernetzung von Sozialsystemen ausgeht. Von technischem Determinismus kann hier deshalb keine Rede sein, weil der soziale Wandel nicht allein aus der Technologie heraus erklärt werden kann, sondern von den sozialen Akteuren selbst in gewisse Bahnen gelenkt wird. Unkalkulierbare Rückkopplungseffekte sind damit allerdings nicht ausgeschlossen.

In diesem Sinne also, als Produkt sozialer, politischer und wirtschaftlicher Kräfte, als Funktion interessengeleiteter Selektionsentscheidun-

1 Dröge/Kopper: Der Medien-Prozeß, S. 15.

2 Dröge und Kopper nennen an dieser Stelle neben der Politik Interessen und Technik als Steuerungsparameter (ebd., S. 96ff.).

gen (und nicht als autonomer Faktor) wirkt Technologie sozial determinierend und selektiv.³

Bei den in der Politikwissenschaft vorherrschenden Debatten zu den „network policies“⁴ fokussiert sich die Aufmerksamkeit zuvorderst auf die Diskussion über *e-democracy* oder *e-government*, also darauf, inwieweit das neue Medium als Instrument⁵ eingesetzt werden kann. Wenig ist allerdings darüber zu erfahren, was sich aufgrund der Netzwerklogik für die Selbstorganisation des politischen Systems verändert. Der Aufbau neuer Governance-Strukturen wird im vorliegenden Beitrag als selbstreflexive Anpassung des politischen Systems an veränderte Umweltbedingungen interpretiert. Dabei bestimmen die durch innersystemische Kommunikationen erzeugten Wirklichkeitskonstrukte selbst darüber (Selbstbeschreibung), welche externen Faktoren als wesentlich für das eigene Handeln betrachtet werden. Es wird zusätzlich in kurzen Zügen anzumerken sein, inwieweit die neoliberale Politik der Deregulierung einen dadurch selbst erst generierten Prozess der Öffnung des Entscheidungsmonopols von Regierungen bedeutet und somit strukturelle Kopplungen zu anderen Sozialsystemen notwendig macht.

2. ZUR THEORIE DER INFORMATIONS- UND NETZWERKGESELLSCHAFT

Daniel Bell hat als einer der ersten Denker eine „Prognose gesellschaftlicher Entwicklungen“⁶ gewagt, die sich mit der Bedeutung von Informationen bzw. der Generierung von Wissen beschäftigt und die damit einher gehende strukturelle Veränderung der Gesellschaft markiert.⁷ Er prophezeit einen Übergang von „einer güterproduzierenden zu einer Dienstleistungsgesellschaft“, die in erster Linie von dem „axiale[n] Prinzip“ des „theoretischen Wissens als Quelle von Innovation“⁸ geprägt sei. War in der industriellen Gesellschaft das Privateigentum von entscheidender Bedeutung, so genieße nun das theoretische Wissen höchste Priorität. Der technologische, wirtschaftliche und soziale Fortschritt hänge in der postindustriellen Gesellschaft allein von der theoretischen Wissensproduktion ab.⁹

3 Schuster: Staat und Medien, S. 88.

4 Priddat: Irritierte Ordnung, S. 108.

5 Die reduzierende Konnotation des Mediums als ‚Werkzeug‘ drängt sich hier geradezu auf.

6 Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft, S. 20.

7 Ursprünglich gab es bereits im Japan der 1960er Jahre von Tadao Umesao ähnliche Überlegungen, die allerdings keinen Eingang in den westlichen Wissenschaftsbetrieb fanden. Vgl. Kleinsteuber: „Abschied vom Konzept Informationsgesellschaft?“, S. 16f.

8 Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft, S. 20.

9 Die Bedeutung der Wissensproduktion und besonders der Schutz geistigen Eigentums wurde von den Industrieländern früh erkannt, was der Abschluss des ‚Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums‘ (TRIPs) im Rahmen der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994 anschaulich beweist. Im Gegensatz zu Bell sind aber die Eigentumsrechte weiterhin entscheidend, auch wenn sie

Die entscheidende Frage, weshalb dieser Wandel stattfindet und welche Ursachen er hat, bleibt bei ihm allerdings unbeantwortet.

Während Bell das Wissen „zur *ultima ratio* des Wandels erklärt“¹⁰, geht Manuel Castells von einer gänzlich anderen Prämisse aus: Er sieht die Informationsgesellschaft in erster Linie durch die „informationstechnologische Revolution“ verursacht, die wiederum „von der Logik und den Interessen des fortgeschrittenen Kapitalismus geprägt“¹¹ sei. Daher erweist sich sein Ansatz als konsistenter, weil er einerseits überhaupt erklären kann, was der Motor des Wandels ist und andererseits die Akteure zu bestimmen imstande ist, die ein Interesse an der Umstrukturierung der wirtschaftlichen Modalitäten haben. Castells bezeichnet die neue Wirtschaftsform als „Informationalismus“, weil neues Wissen immer wieder auf bereits vorhandenes einwirke und wir es mit selbstreflexiven Wissenszirkeln zu tun hätten, die Wissen ständig aktualisieren und selbstreflexiv in sich aufnehmen. Castells bleibt jedoch nicht wie Bell bei dem Selbstzweck des Wissens und seiner Bedeutung für den Produktionsprozess stehen, sondern betont „die Anwendung dieses Wissens [...] zur Entwicklung von Geräten zur Informationsverarbeitung und zur Kommunikation“¹². Die neuen Technologien setzen komplexe Informationen miteinander in Beziehung und tragen über ihre Verarbeitungskapazitäten zu neuen Wissensformationen bei. Gleichzeitig wirken sie auf die Organisationslogik der Gesellschaft zurück, denn den Informationstechnologien sei ihre „Netzwerklogik“¹³ eingeschrieben. Werden sie also im Produktionsprozess eingesetzt, so folgt daraus eine stärkere Vernetzung der an der Produktion beteiligten, sozialen Einheiten. Castells ist sich der inhärenten Logik der Technologien bewusst und versucht ihren *impact* auf alle Sozialsysteme der Gesellschaft zu untersuchen. Als Soziologe interessiert er sich besonders dafür, den Netzwerkbegriff auf die „soziale Morphologie von Gesellschaften“¹⁴ zu applizieren und ist damit für die eingangs erwähnte These anschlussfähig, weil die Rekonfiguration der Komponenten und die damit einher gehende Neuorganisation eines sozialen Systems als Effekt der technischen Innovation beobachtbar wird.

Castells' Netzwerkbegriff lässt sich am Beispiel der globalen Weltwirtschaft anschaulich exemplifizieren, weil diese sich im Zuge der Öffnung der Finanzmärkte Anfang der 1980er Jahre durch eine besonders hohe Vernetzungsdichte auszeichnet und sozusagen als Schrittmacher für das neue gesellschaftliche Paradigma der Netzwerkgesellschaft fungiert. Sowohl technologische als auch politische Einflussfaktoren begünstigen eine intensive weltwirtschaftliche Integration.

sich von materiellen Gütern zu immateriellen Ressourcen verschieben. Vgl. dazu ausführlich Raghavan: *Recolonization*; Braman: „Trade and information policy“; Venturelli: „Cultural Rights and World Trade Agreements in the Information Society“.

10 Steinbicker: *Zur Theorie der Informationsgesellschaft*, S. 76.

11 Castells: *Das Informationszeitalter*, S. 13.

12 Ebd., S. 34.

13 Ebd., S. 56.

14 Ebd., S. 527.

Die Innovationen in der Mikroelektronik und Telekommunikationstechnik stellen dafür eine notwendige Bedingung dar, die von einer neoliberalen Politik mit ihrer Wirtschaftsliberalisierung flankiert wird. Damit ist der Weg für eine Wirtschaftsform geebnet, die sich nach Castells durch folgende Merkmale auszeichnet:

Diese Wirtschaftsform ist *informationell*, weil die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit von Einheiten oder Akteuren in dieser Wirtschaft [...] grundlegend von ihrer Fähigkeit abhängig ist, auf effiziente Weise wissensbasierte Information hervorzubringen, zu verarbeiten und anzuwenden. Sie ist *global* (sic!) weil die Kernfunktionen der Produktion, Konsumtion und Zirkulation [...] auf globaler Ebene organisiert sind, entweder unmittelbar oder durch ein Netzwerk von Verknüpfungen zwischen den wirtschaftlichen Akteuren. Sie ist *vernetzt*, weil unter den neuen Bedingungen Produktivität durch ein globales Interaktions-Netzwerk zwischen Unternehmens-Netzwerken erzeugt wird, in dessen Rahmen sich auch die Konkurrenz abspielt.¹⁵

Akteure dieser Ökonomie sind Konglomerate von transnational agierenden Konzernen, die auf mehreren Märkten gleichzeitig aktiv sind und ihre Produkte nicht mehr zentral fertigen, sondern aus den einzelnen Beiträgen der im Netzwerk platzierten Unternehmen zusammensetzen. Kennzeichnend für die Produktionsform sind verschiedene, temporäre Kooperationsvereinbarungen, die aus strategischen Allianzen, Joint Ventures oder projektbezogenen Verträgen mehrerer Unternehmen bestehen können. Risiken und Ungewissheiten durch die Dynamik der Märkte werden auf mehrere Partner verteilt, weshalb Unternehmen häufig Mitglied mehrerer Netzwerke gleichzeitig sind. Im Medienbereich beispielsweise eignet sich eine netzwerkartige Organisation ganz besonders, weil sie Einheiten mit verschiedenen Kernkompetenzen zusammenführt und eine Mehrfachverwertung der Inhalte ermöglicht. Dadurch werden die Produktionskosten auf den gesamten Wertschöpfungsprozess verteilt und der Gesamtgewinn für die beteiligten Unternehmen des Netzwerkes steigt mit jeder weiteren Verwertungsstufe. Umgekehrt sinkt das Risiko für alle Beteiligten, falls das Produkt nicht erfolgreich sein sollte. Die hohen Produktionskosten können so eher amortisiert werden als wenn ein Unternehmen sie allein zu schultern hätte. Die Größen- und Kostenvorteile erwachsen zu einem beträchtlichen Wettbewerbsvorteil im internationalen Konkurrenzkampf und sind u.a. die Ursache für die zunehmende Oligopolisierung im Medienbereich.¹⁶ Die neuen Informationstechnologien ermöglichen die Koordination zahlreicher dezentraler Einheiten, die an Entscheidungen in unterschiedlichem Grade beteiligt werden. Daran wird ersichtlich, inwieweit strukturdeterminierende Faktoren, also politische Entscheidungen, Interessen oder technologi-

¹⁵ Ebd., S. 83.

¹⁶ Jarren/Meier: „Globalisierung der Medienlandschaft und ihre medienpolitische Bewältigung“, S. 238.

sche Innovationen, die Richtung der Veränderung der Organisationsstrukturen entscheidend prägen. Diese sind jedoch nicht von außen steuer- oder kontrollierbar, sondern eine Folge der Selbstorganisation des Wirtschaftssystems.

3. DIE ADAPTION UND TRANSFORMATION DES KONZEPTEDES DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT IN DER POLITISCHEN PRAXIS

Besonders anschaulich wird die Netzwerkstruktur, wenn wir es mit konkreten, medientechnischen Materialitäten zu tun bekommen. Beim Internet handelt es sich nicht nur um ein reines Verteilernetz (z.B. Elektrizitätsnetze), sondern ebenso um ein Netz, das sich durch eine multidirektionale Rückkanalfähigkeit auszeichnet. Das Internet gilt als Paradebeispiel einer vernetzten Organisation ohne zentrale Steuerungs- und Kontrolleinheit, das sich über Staatsgrenzen und Autoritäten hinweg setzt und einen horizontalen Austausch garantiert. Jeder, der an das Netz angeschlossen ist, könne mit jedem anderen Teilnehmer kommunizieren. Es ist kaum verwunderlich, dass eine solch ‚anarchische‘ Technologie die Phantasien einer freien Gesellschaft beflügelte. Dabei ist zu bedenken, dass die Anfänge des Internet keineswegs auf kommunikative Freiheiten breiter Bevölkerungsschichten abgestellt war. Vielmehr war das anfängliche ARPA-Net als Mittel der militärischen Beherrschung und Kontrolle der Welt in Notlagen konzipiert, um beim Zusammenbruch von Teilen der kommunikativen Infrastruktur aufgrund kriegerischer Aktivitäten auch weiterhin über Kommunikations- und Handlungskapazitäten zu verfügen. „Einerseits war das Netz also Bestandteil und Abkömmling von Herrschaftsstrategien. Andererseits erwies es sich aber auch für ein dezentrales Weltbild als anschlussfähig.“¹⁷ Erst die sozialen Bewegungen der 1960er Jahre, die sich dem Kampf gegen das Staatsmonopol und der Basisdemokratie verschrieben hatten, ermöglichten einen alternativen Diskurs des Technikeinsatzes aus einer emanzipatorischen Perspektive.¹⁸

Dieser emanzipatorische Gebrauch findet in den politischen Konzepten der 1990er Jahre in bezug auf die Möglichkeiten der informationstechnologischen Vernetzung der Welt eine eigenartige Umcodierung, die gemäß der neoliberalen Gleichsetzung von wirtschaftlicher und politischer Freiheit¹⁹ das Internet als Inkarnation des freien Marktes feiert. Politiker der führenden Industriestaaten

17 Wolf: „Das Netzwerk als Signatur der Epoche?“, S. 98.

18 In diesem Zusammenhang ist die im medientheoretischen Diskurs (von Brecht über Enzensberger und Negt/Kluge bis hin zu Dyson/Toffler oder Negroponte) immer wiederkehrende Figur zu erwähnen, die „die Möglichkeit, zugleich senden und empfangen zu können, als Chiffre für wahrhaft demokratische Verhältnisse“ (Oy: Die Gemeinschaft der Lüge, S. 13) auffasst und sich sowohl im Konzept der Gegenöffentlichkeit der Neuen Linken als auch in den Utopien über elektronische Demokratie findet. All diese Theorien knüpfen an einen vereinfachten Ideologiebegriff des frühen Marx aus der „Deutschen Ideologie“ an, mit dem die soziale Revolution eintrete, sobald das falsche durch das wahre Bewusstsein ersetzt würde.

19 Vgl. Friedman: Kapitalismus und Freiheit, S. 29.

eigenen sich den Begriff der Informationsgesellschaft an und erklären ihn zum festen Bestandteil ihrer Programmatik, was zu seiner Popularisierung erheblich beigetragen hat. Der von 1993 bis 2001 amtierende Vizepräsident der USA, Al Gore, ist von der Hoffnung beseelt, dass mit Hilfe der neuen IuK-Technologien „America’s businesses will gain enormous advantages in the worldwide marketplace“²⁰. Der Informations- und Wissensvorsprung soll die internationale Hegemonie der amerikanischen Wirtschaft sichern und deren Wettbewerbsfähigkeit stärken. Auf dem Weg zu einem „network of information superhighways“²¹ gedenkt die Regierung Clinton/Gore die Rahmenbedingungen für technologische Standards, einen freien Wettbewerb und eine Begünstigung privater Investitionen zu schaffen, während der Wirtschaft der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur überlassen werden solle. Anfangs war das Projekt reinweg national ausgerichtet, aber der führenden politischen Elite der USA musste klar sein, dass der Weltmarkt enorme Absatzchancen für die US-Informationswirtschaft bot. Für eine weltweit erfolgreiche Etablierung der amerikanischen Unternehmen bedurfte es daher der globalen informationstechnischen Vernetzung, die Gore bei einer Rede auf der Konferenz der Internationalen Telekommunikations-Union (ITU) zu umreißen versuchte. Die „Global Information Infrastructure“ wird dafür kurzerhand zu einem ewigen Menschheitstraum stilisiert:

For almost 150 years, people have aspired [...] to wrap nerves of communications around the globe, linking all human knowledge. In this decade [...] we now have at hand the technological breakthroughs and economic means to bring all the communities of the world together.²²

Ähnlich wie die Cyberutopisten Nicholas Negroponte, Alvin Toffler oder Esther Dyson träumt Gore von einer friedlich koexistierenden Weltgemeinschaft, die all ihre Interessenskonflikte und Kulturunterschiede mit einem Mal beiseite legt, weil die Menschen beliebig miteinander in Kommunikation treten können. Er präsentiert „die Informationsgesellschaft als Sozialutopie“²³ und geht von der nicht haltbaren Prämisse aus, dass ein Zuwachs an Kommunikation mit allgemeiner Verständigung gleichzusetzen sei. So stände uns „a new Athenian Age of democracy“²⁴ unmittelbar bevor, indem die virtuelle Welt die Probleme der Realität bewältigt. Dass aber beide Welten nicht voneinander zu trennen sind und im Cyberspace eben nur die Machtverhältnisse und sozialen Disparitäten der realen

20 Gore: „Remarks at the Royce Hall, UCLA“.

21 Gore: „Building the Information Superhighway“. Zur ausführlichen Besprechung der Metapher „information superhighway“, siehe Kleinsteuber: „Der Information Superhighway“.

22 Gore: „Remarks prepared for delivery by Vice President Al Gore“.

23 Heesen: „Technik als Mission“, S. 216.

24 Gore: „Remarks prepared for delivery by Vice President Al Gore“.

Welt reproduziert werden, kommt dieser Vorstellung nicht in den Sinn. „Anders formuliert: Auch in der Online-Welt kommt der Mensch nicht hinter den Menschen zurück.“²⁵

Die Europäische Union ließ nicht lange auf sich warten und stieg in denselben Diskurs ein, der anhand des Bangemann-Reports anschaulich nachzuweisen ist. Martin Bangemann, von 1993 bis 1999 EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation, leitete den Vorsitz einer Arbeitsgruppe zur Zukunft der europäischen Informationsgesellschaft. Sie legte einen Abschlussbericht vor, der für einen schnellen Abschied von der Industriegesellschaft plädierte, da ansonsten das ‚Jobwunder‘ auf sich warten ließe.²⁶ Der Bericht weist starke Ähnlichkeiten zu den Goreschen Reden auf und spricht sich dafür aus, dass „die Schaffung der Informationsgesellschaft dem Privatsektor und den Marktkräften überlassen werden sollte“²⁷. Die EU beschränkt sich ebenso wie die USA auf die Schaffung günstiger Faktoren zur Erhöhung der Attraktivität ihres Standortes für die Informations- und Kommunikationsindustrie:

Die globale Informationsgesellschaft ist ein politisches Konzept, ein langfristiges industriepolitisches Programm, das vor allem von den USA und der EU seit Jahren markant gefördert wird. Es geht um Standortvorteile, Wirtschaftswachstum, neue Märkte und Mehrwerterschöpfung. Noch direkter: Es geht um eine Durchkapitalisierung der Informations- und Kommunikationstechnologien, die dabei als omnipotente Wachstumsmotoren positioniert werden.²⁸

Nach dieser politischen Konzeption der Informationsgesellschaft wird sie von den führenden Industriestaaten als ‚gigantische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme‘, als ‚Informationsexplosion‘, als ‚Demokratisierungsmaschine‘ und als deregulierter, sich selbstorganisierender Markt konnotiert.²⁹ Politisch vermarktungsfähig wird

25 Meckel: Die globale Agenda, S. 64.

26 Die Trias neue Technologien, erhöhte Produktivität und neue Arbeitsplätze hält sich trotz des Börsencrashes des neuen Marktes im Jahr 2000 wacker in allen politischen Konzepten und wird als genuine Tatsache immer wieder erwähnt. Bis heute ist diese Verbindung nicht hinreichend empirisch nachgewiesen. Kurz („Euphorie um New Economy“) dekonstruiert diesen Mythos, indem er nachweist, dass die neuen Technologien durch Rationalisierungsmaßnahmen eher Arbeitskräfte freisetzen als schaffen und ihr Beschäftigungspotenzial insgesamt als gering einzuschätzen ist. Zudem dürfen die Börsenwerte der Medien- und Kommunikationskonzerne nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese nicht den realen Anteil an Produktion, Umsatz und Beschäftigung widerspiegeln. Auch Schröter („Das Internet und der ‚reibunglose Kapitalismus‘“) und Kleinsteuer („Die Informationsgesellschaft“, S. 28) schließen sich generell dieser Auffassung an.

27 Bangemann: „Europa und die globale Informationsgesellschaft“, S. 287.

28 Meier: „Die Informationsgesellschaft – eine Chimäre“, S. 38.

29 Vgl. Brants: „The Social Construction of the Information Revolution“. Zur kritischen Würdigung des Konzepts Informationsgesellschaft vgl. Webster: „What information society?“.

das Konzept durch die Verbindung von sozialen und wirtschaftlichen Komponenten, die eine breitere Unterstützung erzeugen als eine allein ökonomische Argumentation.

4. RÜCKKOPPLUNGSEFFEKTE DER NETZWERKLOGIK AUF DAS POLITISCHE SYSTEM AM BEISPIEL DER INTERNETREGULIERUNG

Die Ausführungen der vorangegangenen Abschnitte machen auf zwei Tendenzen aufmerksam: zum einen den Versuch der Soziologie, die neuen Organisationsformen der Wirtschaft einer adäquaten Analyse zu unterziehen und alternative Beschreibungen jenseits von Markt und Hierarchie zu erkunden. Damit erhält das Modell des Netzwerkes Konjunktur, das sich als Kategorie nicht nur für die Beschreibung der Neuorganisation von Wirtschaft und Politik eignet.³⁰ Zum anderen zeigt die Geschichte der politischen Adaption und Transformation der Begriffe der Informationsgesellschaft und des Information Super Highway als primäre Vernetzungstechnik, wie die Politik selbst ein Programm beförderte, das ihrer eigenen, noch immer primär territorial verfassten Position eigentlich entgegen stand. Die „transnationale Entzugsmacht“³¹ eines deterritorialen Unternehmertums, das auf die neuen IuK-Technologien für seine Operationsweise angewiesen ist, wurde durch diese Wirtschafts- und Industriepolitik entscheidend gefördert. Transnationale Unternehmen befinden sich aufgrund der Möglichkeit, Produktionsstandorte ins Ausland zu verlagern, in einer guten Verhandlungsposition, um von der Politik Vergünstigungen und Anreizsysteme zu verlangen. Beim Abwandern großer Konzerne fürchtet die Politik sinkende Steuereinnahmen und ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Dieser Prozess bedeutet eine Schmälerung der Staatskasse bei gleichzeitigem Anstieg der Sozialausgaben. Einzelne Nationalstaaten treten daher verstärkt in einen Standortwettbewerb, um günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Unternehmen zu schaffen. Das häufig konstatierte „Mobilitätsdifferential“³² zwischen einer globalen Wirtschaft und einer nationalstaatlich fixierten Politik führt m.E. zu einem Verlust der Steuerungskapazitäten des Staates in bezug auf die Wirtschaftspolitik eines Landes. Unter dem Stichwort Globalisierung wird für das politische System allgemein die Problematik gefasst, dass sich globale Problemlagen nicht mehr mit dem geographisch definierten, politischen Entscheidungsraum decken und an Komplexität zunehmen. Das politische System sieht sich einem Steuerungsdefizit ausgesetzt, das nicht mehr durch hierarchische und zentralistische Planung oder Organisation bewältigt werden kann.³³ Stattdessen vollzieht sich ein Wandel zu „netzwerkartigen Koordinations- und Kooperations-

30 Vgl. Wolf: „Das Netzwerk als Signatur der Epoche?“, S. 95.

31 Beck: „Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?“, S. 25.

32 Boltanski/Chiapello: Der neue Geist des Kapitalismus, S. 41 f.

33 Vgl. Messner: „Netzwerktheorien“, S. 27f.

formen“³⁴, die in einer Entgrenzung des Staates resultieren. Diese flexiblen Governance-Mechanismen, die je nach Problemlage neue Netzwerke bilden oder rekonfigurieren, können als Anpassungsleistung des politischen Systems an veränderte Umweltbedingungen interpretiert werden. Inwieweit das politische System zu alternativen Steuerungsoptionen im internationalen Mehrebenensystem bereit ist, wird nicht durch Fremdsteuerung determiniert, sondern hängt von den inner-systemischen Wahrnehmungs- und Verarbeitungskapazitäten ab.³⁵ Die Autonomie und operative Geschlossenheit als Merkmale des politischen Systems führen dazu, dass es durch „Umweltereigniss[e] nur zu eigenen Operationen angeregt oder angestoßen, nicht aber determiniert werden“³⁶ kann. Die Funktions- und Legitimationskrise des politischen Systems kann dabei sowohl durch Veränderung der Relationen zwischen den Systemkomponenten als auch durch externe Kopplungen mit anderen gesellschaftlichen Subsystemen bewältigt werden. Die Dynamik der Vernetzungslogik in der Umwelt des politischen Systems wirkt als Irritationsereignis und findet Eingang in dessen Selbstreflexionsprozesse. Reflexion als Fähigkeit der Beobachtung und der produktiven Verarbeitung der externen Wirkungen einer spezifischen Identität schafft erst die Möglichkeit für ein System, in Distanz zu sich selbst zu treten und seine Operationsweise auf mögliche, kompatible Alternativen hin zu überprüfen.³⁷

Die Netzwerkbildung als organisatorische Alternative scheint vielversprechend, weil mit der Quantität der Netzkontakte der Nutzen des sozialen Netzes für alle Teilnehmer gleichermaßen steigt. Mit dem Reedschen Gesetz eines „new value-creation effect“ durch sogenannte „Group-Forming Networks“ (GFNs)³⁸ wird es möglich, Netzeffekte über das Medium Internet hinaus auf soziale Netzwerke anzuwenden. David Reed erweitert das Gesetz von Metcalf, nach dem der Nutzen eines vernetzten Kommunikationssystems quadratisch mit der Teilnehmerzahl wächst, um eine weitere Dimension, indem er einen exponentiellen Anstieg des Nutzwertes ausgedehnter Netzwerke mit ihrer Größe behauptet. Der Netzeffekt bleibt also nicht mehr nur auf die möglichen Kontakte zwischen einzelnen Teilnehmern begrenzt (Transaktion), sondern erweitert sich mit der Konnektivitätsdichte möglicher *Community-Webs* (Gruppenzugehörigkeit), die durch einen thematischen Fokus gekennzeichnet sind.³⁹ Die technologischen Tools im

-
- 34 Priddat: Irritierte Ordnung, S. 103. Siehe auch Demirovic: „Der kapitalistische Staat“.
- 35 Im weitesten Sinne lässt sich von einem Wandel der politischen Kultur sprechen, so dass Bühls Modell der Kulturdynamik fruchtbar gemacht werden könnte (vgl. Rusch in diesem Band).
- 36 Willke: Systemtheorie entwickelter Gesellschaften, S. 45.
- 37 Ebd., S. 136.
- 38 Reed: „That Sneaky Exponential“.
- 39 Die Formierung von Gruppen in einem großen Netzwerk erklärt die Struktur des Internet wesentlich besser als die Vision einer kommunikativen Weltgemeinschaft. „Internationale oder globale Kommunikation über Systemgrenzen hinweg kann Augenblicke ‚kommunikativer Identität‘, nicht aber globale Gemeinschaftlichkeit etablieren“

Internet, die teilweise unter dem unscharfen Terminus des ‚Web 2.0‘ gefasst werden, unterstützen Gruppenbildungen und können somit entscheidend zur Bildung von sozialem Kapital beitragen.⁴⁰ Dabei zählt nicht die permanente Kommunikation zwischen den Einzelnetzwerken bzw. Gruppen, sondern die potentielle Möglichkeit der relationalen Verknüpfung zur Erreichung von Synergieeffekten.

Im Fall der Internetregulierung lässt sich nun zweierlei beobachten: Erstens scheint sich das politische System seiner mangelnden Steuerungskapazität bewusst und reagiert darauf mit alternativen Organisationsformen zu Markt und Hierarchie. Zweitens findet eine Kopplung mit anderen gesellschaftlichen Subsystemen statt, durch die das politische System soziale Netzeffekte realisieren kann, um das politische Handeln effektiver zu gestalten. Die Netzwerkbildung nimmt dabei in Foren und Gipfeln konkrete Gestalt an. Diese beiden Beobachtungen sollen im Folgenden kurz illustriert werden.

War das Internet anfangs aufgrund seiner begrenzten Größe noch von einer kleinen Technikergemeinde kontrollierbar, so änderte sich dies schlagartig mit der Etablierung des World Wide Web. Der exponentielle Anstieg neuer Registrierungen für Domain-Namen⁴¹ erforderte mehr als nur technische Expertise, weil das Internet zunehmend an gesellschaftspolitischer Relevanz gewann. Inmitten der Diskussion um die Zugriffs- und Verwaltungsrechte im neuen Medium, die sowohl wirtschaftliche als auch politische Instanzen für sich beanspruchten, preschte das amerikanische Regierungsgespann Clinton/Gore mit einer Lösung vor, die auf der Selbstorganisation durch die User und Anbieter von Internetangeboten jenseits von Regierungseingriffen beruhen sollte.⁴² 1998 wurde in den USA die ‚Internet Corporation for Assigned Names and Numbers‘ (ICANN) gegründet, die seitdem für die Verwaltung von Namen und Adressen und technischen Standards zuständig ist. Das Organisationsprinzip von ICANN beruht auf paritätischer Aufschlüsselung zwischen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Experten. Die Neutralität der Regierung hatte ihre Ursache nicht nur im Deregulierungsgebot, sondern auch im historischen Konstruktionsprozess des Internet selbst. Da das WWW immer schon als dezentrale Einheit mit einer hohen Verantwortung der Endnutzer konstituiert war, was sowohl größere Stabilität als auch geringeren Verwaltungsaufwand versprach, positionierten sich die Netzarchitekten und die Netizens gegen ein zentralisiertes, autoritäres Kontrollregime. „Verbreitet [...] war die Annahme eines Entsprechungsverhältnisses zwischen technischer Architektur und sozialer Organisation.“⁴³ Demnach ergänzten sich beim Zustandekom-

(Kriener/Meckel: „Internationale Kommunikation“, S. 15). Damit wird die Segmentierung und die unterschiedliche Aktivierung von Aufmerksamkeitspotentialen im Internet verständlich.

40 Vgl. Reed: „That Sneaky Exponential“.

41 Das völlig neuartige „Evolutionstempo“ lässt die Rede von „einem evolutionären Sprung“ durchaus berechtigt erscheinen (Böhme: „Einführung“, S. 20).

42 Vgl. Keinwächter: Macht und Geld im Cyberspace, S. 30.

43 Hofmann: „Internet Governance“, S. 6.

men der Verwaltungsstruktur des Internet zwei Sichtweisen, die ICANN als logische Konsequenz verstehen lassen: die auf Privatisierung und Deregulierung ausgerichtete US-Wirtschaftspolitik und die bis dato dominierende, auf dezentrale und ‚autonome‘ Prinzipien bauende Internet-Elite.⁴⁴

Zusätzlich zu dieser Konstellation verlangte die US-Regierung bei der Gründung von ICANN 1998, dass im Direktorium ebenso zivilgesellschaftliche Akteure der Nutzergemeinde vertreten sein müssten. Dies führte im Jahr 2000 zu den ersten Internet-Wahlen der Geschichte, bei der die ‚Weltgemeinschaft‘ über fünf Direktoren verschiedener geographischer Wahlregionen abstimmen konnte. Allerdings wurde die Wahl später aufgrund mangelnder Repräsentativität der Nominierten, geringer Wahlbeteiligung, ungleicher Zugangschancen etc. als Desaster bewertet. Bei der Evaluation der Wahlen durch ICANN zeigte man wenig Interesse an einer ernsthaften Diskussion und wandte sich gegen eine Beteiligung der Internetnutzer am Direktorium. Nach einer organisationellen Reform wurde das Experiment beendet und die Nutzervertretung aus der Organisation ausgeschlossen.⁴⁵ Seither bevorzugt das Direktorium ein Modell der *public-private-partnership*, weil sowohl die Regierung als auch die Privatwirtschaft die politische Bedeutung der Stabilität des Netzes erkannten. Vertraglich hatte sich die US-Regierung neben ihrem Beraterstatus das Recht vorbehalten, die Neueinrichtung von Top-Level-Domains (TLDs) zu autorisieren. Zudem untersteht ICANN als privatrechtliche, gemeinnützige Organisation mit Sitz in Kalifornien dem US-Wirtschaftsministerium. Die Chance für einen *multistakeholder*-Ansatz war damit vorerst vertan.

Die praktische Herausforderung des gegenwärtigen Suchprozesses im Bereich von Internet Governance besteht entsprechend darin, unter den verschärften Bedingungen von Transnationalität, partieller Deteritorialität und Dezentralität verbindliche und legitime Regelungskapazitäten für eine sich dynamisch entwickelnde Infrastruktur zu erzeugen.⁴⁶

Dieser Herausforderung gemäß wurde auf den Weltinformationsgipfeln 2003 in Genf und 2005 in Tunis erneut die Idee einer vernetzten Governance aufgegriffen. Die UN-Generalversammlung von 2002 hatte die Internationalen Telekommunikations-Union als Veranstalter explizit damit beauftragt, die Zivilgesellschaft und den privaten Sektor an der Organisation und Durchführung beider Gipfel zu

44 Vgl. Leggewie: „ICANN im Kontext globaler Internet Governance“; Hofmann: „Internet Governance“.

45 Für eine ausführliche Beschäftigung mit dem demokratietheoretisch hoch brisanten Thema siehe ebd.; sowie Hofmann: „Der kurze Traum von der Demokratie im Netz“.

46 Hofmann: „Internet Governance“, S. 2.

beteiligen.⁴⁷ Allerdings gab es aufgrund der strategischen Bedeutung des Internet zahlreiche Interessenkollisionen über die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der einzelnen Akteure, die sich mit den mühevollen Selbstorganisationsprozessen bei ICANN vergleichen lassen. Es wird damit deutlich, dass eine Übertragung der Topologie technischer Infrastrukturnetze auf soziale Netzwerke unzulässig ist, da sich letztere je nach Machtverteilung durch Hierarchieebenen und Exklusionsmechanismen auszeichnen. Dass es sich auf den Gipfeln 2003 und 2005 noch lange nicht um eine gemeinsame und abgestimmte Zusammenarbeit aller Stakeholder handelte, zeigte die Verabschiedung einer separaten zivilgesellschaftlichen Deklaration neben den Dokumenten der Regierungsdiplomatie. Im Verlauf der zahlreichen Vorbereitungskonferenzen und des Gipfels selbst zeigte sich jedoch, dass die Vertreter der Zivilgesellschaft teilweise stärker in die Verhandlungen einbezogen wurden, sogar als Beteiligte verschiedener Regierungsdelegationen direkt auf die Schlussdokumente einwirken konnten.⁴⁸ Der soziale Netzeffekt äußert sich dabei in der Expertise und den Fachkompetenzen der vernetzten Governance-Struktur, auf die je nach Verhandlungsthematik zurückgegriffen werden kann. Denn die Komplexität der Themen, die sich auf die Finanzierung der Überbrückung des Digital Divide, der Cybersicherheit, der geistigen Eigentumsrechte oder der Internetverwaltung erstreckt, übersteigt die Sachkenntnisse der Regierungsvertreter und bedarf des Expertenwissens verschiedener Gruppierungen innerhalb des Netzwerkes.⁴⁹ Diese sozialen Beziehungen und Kommunikationen werden dann aktiviert, wenn es aufgrund der Sachlage hilfreich erscheint.⁵⁰

Die Kontroversen zur Internet Governance dominierten neben Finanzierungsproblemen die zweite Gipfelphase in Tunis 2005. Dieser Selektionsmechanismus führte zwar dazu, dass die ursprüngliche Programmatik des Gipfels verfehlt wurde, nämlich Lösungen zur Überbrückung des *global digital divide* zu ergründen, machte aber auf ein prinzipielles Problem der Netzwerkpolitik aufmerk-

47 Vgl. UN General Assembly: „Resolution 56/183 on the World Summit on the Information Society“, S. 2.

48 Freilich muss die Unabhängigkeit der Delegierten der Zivilgesellschaft in Zweifel gezogen werden, da sie in ihrer Doppelfunktion für beide Verhandlungspartner Kompromisse austarieren müssen. McLaughlin und Pickard („What is bottom-up about global internet governance?“, S. 365) mutmaßen, dass hinter der Einbindung der Zivilgesellschaft in globale Politikprozesse „an attempt to defuse radical opposition by co-opting more moderate groups“ steht. Eine zu starke Institutionalisierung und Bürokratisierung bürge die Gefahr, der Zivilgesellschaft ihre oppositionelle Energie zu nehmen.

49 Allgemein formuliert stellt sich das Problem der mangelnden Expertise der Politik nach der seit 2005 amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel folgendermaßen dar: „In Zeiten der exponentiellen Steigerung menschlichen Wissens wächst die Gefahr von Legitimationsdefiziten, weil politische Entscheidungsgremien, geschweige denn der einzelne Politiker, mit der rasanten wissenschaftlich-technologischen Entwicklung kaum Schritt halten können und sich deshalb immer mehr auf ‚externe‘ Urteile verlassen müssen.“ (Merkel: „Die Notwendigkeit zu entscheiden reicht weiter als die Möglichkeit zu erkennen“, S. 21).

50 Vgl. Keinwächter: Macht und Geld im Cyberspace, S. 55.

sam: Da in Netzwerken alle Teilnehmer ihre z.T. konfligierenden Interessen durchzusetzen versuchen und gleichzeitig auf die wechselseitige Kooperation angewiesen sind, erfordern Entscheidungen oder Kompromisslösungen langwierige Aushandlungs- und Vermittlungsprozesse.⁵¹ Die Selbstorganisationsfähigkeit von Netzwerken kann in manchen Fällen auf erhebliche Barrieren treffen. Hejl hat explizit auf diese Problematik in bezug auf komplexe Sozialsysteme aufmerksam gemacht: „Damit ein System sich selbst regeln kann, muß es heterarchisch organisiert sein und temporäre Hierarchien zulassen.“⁵² Es ist davon auszugehen, dass das Netzwerk als Governance-Mechanismus eine Ergänzung bisheriger Organisationsformen darstellt. Negative Netzeffekte bzw. Barrieren und Disparitäten im Netz müssen stets berücksichtigt werden.⁵³ Politische Netzwerke eignen sich daher in erster Linie für den kommunikativen Austausch und das Geltendmachen von Einflusspotentialen, also eher für den Vorlauf von Entscheidungen als für Entscheidungen selbst. Demnach wäre die Kombination eines „horizontale[n] Regierungssystem[s] in Form von Hierarchien“ mit einem „vertikale[n] Management-system in Form von Netzwerken“⁵⁴ ein plausibles Zukunftsszenario. Auch wenn Netzwerke in verschiedenen Politikfeldern eine bedeutsame Rolle spielen, so wäre die Beschreibung der Organisation des politischen Systems als Netzwerkpolitik analog zu Castells Ausrufung der Netzwerkgesellschaft reduktionistisch, weil stets mehrere Organisationsformen parallel existieren. Es wird je nach Problemstellung zu entscheiden sein, welche Form der Regulierung die bestmöglichen politischen Ergebnisse garantiert:

Weder staatliche Re-Regulierung noch nicht-staatliche Selbst-Regulierung sind dabei alleinige Königswege. Notwendig sind flexible ko-regulative Modelle, die auf einer Fall-für-Fall-Basis entwickelt werden müssen.⁵⁵

Dies gilt auch für die Zukunft des Internet. Nach zähen Verhandlungen in zahlreichen Arbeitsgruppen auf dem Weltinformationsgipfel 2005 in Tunis einigten sich die Regierungen auf die Gründung eines ‚Internet Governance Forum‘ (IGF), das offen für alle Interessengruppen sein und sich mit Fragen über die zukünftige In-

-
- 51 M.E. wird bei der Diskussion des Internet als universale Wissensmaschine und den Möglichkeiten der Vernetzung zu wenig Wert auf die Problematik der Bewältigung der Informationsflut mit eventuellen Folgen der Handlungs- und Entscheidungsparalyse gelegt. Für die Zukunft wird eine erhöhte Anforderung an die Selektionsleistungen sozialer und psychischer Systeme gestellt werden. Die wichtigste Komponente einer Medienkompetenz im Umgang mit digitalen Medien ist dann vielleicht die „Informationsaskese“ (Wörther: „Jenseits der Datenflut“, S. 95).
- 52 Hejl: „Politik, Pluralismus und gesellschaftliche Selbstregulierung“, S. 129.
- 53 Vgl. dazu ausführlich Wolf: „Das Netzwerk als Signatur der Epoche?“; Messner: „Fallstricke und Grenzen der Netzwerksteuerung“.
- 54 Keinwächter: Macht und Geld im Cyberspace, S. 105.
- 55 Ebd., S. 107.

ternetverwaltung und -entwicklung beschäftigen soll, also auf eine Übergangslösung. Das IGF basiert auf der Idee, dass sich alle Stakeholder gemeinsam auf die vernünftigste Lösung zu Sachfragen einigen und „Entscheidungskompetenz dorthin delegiert wird, wo auch Sachkompetenz ist“⁵⁶. Entscheidungsbefugnisse erhält das IGF allerdings nicht. Die ICANN-Lösung, die der US-Regierung auch weiterhin die Kontrolle über die TLDs erlaubt, hat weiterhin Bestand, auch wenn viele Länder darin die Möglichkeiten eines Machtmissbrauchs seitens der USA befürchten und stärkere Mitspracherechte fordern.

5. FAZIT

Aus systemtheoretischer Perspektive zeigt sich, dass die neoliberale Politik und die neuen IuK-Technologien eine gesellschaftliche Dynamik ausgelöst haben, die noch kaum vorhersehbare Rückwirkungen auf das politische System hat. Mit dem Funktionsdefizit zur Regulierung deterritorialer Politikbereiche hat das System der Politik eine selbstreferentielle Anpassungsleistung vollzogen, die schließlich in der Erprobung einer Netzwerkpolitik resultiert, deren Charakteristika einer ständigen Fluktuation unterzogen sind und je nach Entscheidungsbereich mit anderen Organisationsformen wie Markt und Hierarchie kombiniert werden können. Dabei sind der Netzwerk- und Systembegriff durchaus miteinander vereinbar, ohne voreilig einen Paradigmenwechsel der Soziologie zu reklamieren. Während Castells eher induktiv von der Beobachtung einzelner gesellschaftlicher Phänomene auf die allgemeine Netzwerkstruktur der Gesellschaft schließt, ohne den Begriff des Netzwerkes theoretisch zu untermauern⁵⁷, bietet die Inklusion desselben in die Systemtheorie eine angemessene Abstraktion, um die Entstehung einer Netzwerkpolitik als evolutionäre Strategie zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems zu deuten. Somit kann erklärt werden, warum politische Entscheidungsträger überhaupt Netzwerke realisieren und nicht weiterhin auf hierarchisch und zentral gesteuerte Modelle zurückgreifen. Aus dieser Perspektive sind „Netzwerke als Form struktureller Kopplung zu begreifen“⁵⁸, die temporäre inter- und innersystemischen Beziehungen ermöglichen. Im Falle der Internet-Governance haben wir uns auf die System-zu-System-Interaktion konzentriert und konnten zeigen, dass einerseits die mediale Entwicklung neue Regulationsstrategien fordert (indirekter Netzeffekt) und andererseits soziale Netzeffekte entstehen, die das politische System mit Expertise und Know-how versorgen (direkter Netzeffekt). Da das politische System dadurch mit einer Vielzahl verschiedener Wirklichkeitskonstrukte konfrontiert wird, muss es beim Treffen von Entscheidungen angemessene Selektionsleistungen erbringen, um den erhöhten Input zu bewältigen. Verdichtet sich das intersystemische, selbstregelnde Netzwerk zu stabilen Interaktionen und werden feste Institutionen zur

56 Kleinwächter: „Internet Governance 2005“.

57 Vgl. Wolf: „Das Netzwerk als Signatur der Epoche?“, S. 97.

58 Holzer: Netzwerke, S. 97.

Ermöglichung der permanenten Kooperation und Koordination – wie im Fall des IGF – geschaffen, dann können die vernetzten (Sub-)Systeme als Komponenten eines Systems 2. Ordnung betrachtet werden, das dann wiederum Bestandteil eines neuen Netzwerkes sein kann.

Politische Netzwerke können nicht per se als offen und dynamisch konnotiert werden, sondern müssen mittels der Netzwerkanalyse in ihrer konkreten Beschaffenheit erfasst werden. So kann die Netzwerkpolitik insgesamt die Entscheidungsverfahren komplizieren und beim Aufeinandertreffen divergierender Positionen leicht zu Blockaden führen. Zudem existieren auch in der Netzwelt Disparitäten und Machtstrukturen, beispielsweise bei der Kontrolle strategisch wichtiger „Schalter“⁵⁹, die über die Integration weiterer Teilnetzwerke und damit über die Realisierung der sozialen Netzwerkeffekte bestimmen. Die strukturelle Kopplung des politischen Systems mit anderen Sozialsystemen wird entscheidend davon abhängen, inwieweit positive Netzwerkeffekte in Zukunft realisiert werden können. Der Aufbau und die Fortsetzung intersystemischer Relationen werden aber aufgrund globaler Politikfelder außerhalb nationaler Einflussphären nicht mehr rückgängig zu machen sein.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bangemann, Martin u.a.: „Europa und die globale Informationsgesellschaft. Empfehlungen einer Arbeitsgruppe“, in: Bollmann, Stefan (Hrsg.): Kursbuch Neue Medien. Trends in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur, Frankfurt a.M. 1998, S. 271-288.
- Beck, Ulrich: „Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Eine Einleitung“, in: ders. (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt a.M. 1998, S. 7-66.
- Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt a.M./New York 1985.
- Böhme, Hartmut: „Einführung. Netzwerke. Zur Theorie und Geschichte einer Konstruktion“, in: Barkhoff, Jürgen u.a. (Hrsg.): Netzwerke. Eine Kulturtechnik der Moderne, Köln 2004, S. 17-36.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève: Der neue Geist des Kapitalismus, (Editon discours 30), Konstanz 2003.
- Braman, Sandra: „Trade and information policy“, in: Media, Culture and Society, Nr. 12, 1990, S. 361-385.
- Brants, Kees: „The Social Construction of the Information Revolution“, in: European Journal of Communication, Nr. 4, 1989, S. 79-97.
- Castells, Manuel: Das Informationszeitalter. Teil I der Trilogie: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2001.

59 Castells: Das Informationszeitalter, S. 529.

- Demirovic, Alex: „Der kapitalistische Staat“, in: Kaindl, Christina (Hrsg.): Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus, Marburg 2005, S. 51-84.
- Dröge, Franz/Kopper, Gerd G.: Der Medien-Prozeß. Zur Struktur innerer Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft, Opladen 1991.
- Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart 1971.
- Gießmann, Sebastian: Netzwerke als Gegenstand von Medienwissenschaft. Abgrenzungen und Perspektiven, in: MEDIENwissenschaft, Nr. 4, 2005, S. 424-429.
- Gore, Al: „Remarks by Vice President Al Gore“, 1994a,
<http://www.clintonfoundation.org/legacy/011194-remarks-by-the-vp-on-television.htm>, 05.01.2007.
- Gore, Al: „Building the Information Superhighway“, 1994b,
<http://s93894098.onlinehome.us/Mine/WilliamGibson/Source/gorespeech.html>, 05.01.2007.
- Gore, Al: „Remarks prepared for delivery by Vice President Al Gore“, 1994c,
<http://www.interesting-people.org/archives/interesting-people/199403/msg00112.html>, 05.01.2007.
- Heesen, Jessica: „Technik als Mission: Wie Vereinte Nationen und G8 die digitale Spaltung überwinden wollen“, in: Capurro, Rafael u.a. (Hrsg.): Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive, (Schriftenreihe des International Center for Information Ethics (ICIE) 3), München 2004, S. 213-223.
- Hejl, Peter M.: „Politik, Pluralismus und gesellschaftliche Selbstregulung“, in: Bußhoff, Hans (Hrsg.): Politische Steuerung, Baden-Baden 1992, S. 107-142.
- Hofmann, Jeanette: „Internet Governance: Eine regulative Idee auf der Suche nach ihrem Gegenstand“, <http://duplox.wz-berlin.de/people/jeanette/texte/Internet%20Governance.pdf>, 05.01.2007.
- Hofmann, Jeanette: „Der kurze Traum von der Demokratie im Netz – Aufstieg und Fall von ICANNs At-Large membership“, in: Gosewinkel, Dieter u.a. (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004, S. 359-382.
- Holzer, Boris: Netzwerke, Bielefeld 2006.
- Jarren, Otfried/Meier, Werner A.: „Globalisierung der Medienlandschaft und ihre medien-politische Bewältigung: Ende der Medienpolitik oder neue Gestaltungsformen auf regionaler und nationaler Ebene“, in: Donges, Patrick u.a. (Hrsg.): Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft, Opladen 1999, S. 231-249.
- Kleinsteuber, Hans J.: „Abschied vom Konzept Informationsgesellschaft?“, in: Klumpp, Dieter u.a. (Hrsg.): next generation information society? Notwendigkeit einer Neuorientierung, Mössingen-Talheim 2003, S. 16-24.
- Kleinsteuber, Hans J.: „Die Informationsgesellschaft – Eine Gesellschaft ohne Information über sich selbst? Einige Thesen“, in: Donges, Patrick u.a. (Hrsg.):

- Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft, Opladen 1999, S. 21-38.
- Kleinsteuber, Hans J.: „Der Information Superhighway: Analyse einer Metapher“, in: ders. (Hrsg.): Der ‚Information Superhighway‘. Amerikanische Visionen und Erfahrungen, Opladen 1996, S. 17-47.
- Kleinwächter, Wolfgang: „Internet Governance 2005: The Deal is Done“, <http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21362/1.html>, 05.01.2007.
- Kleinwächter, Wolfgang: Macht und Geld im Cyberspace. Wie der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) die Weichen für die Zukunft stellt, Hannover 2004.
- Kriener, Markus/Meckel, Miriam: „Internationale Kommunikation. Begriffe, Probleme, Referenzen“, in: dies. (Hrsg.): Internationale Kommunikation. Eine Einführung, Opladen 1996, S.11-18.
- Kurz, Robert: „Euphorie um New Economy. Das Internet als Traumfabrik des Neuen Marktes“, in: Jungle World, 12.04.2000.
- Leggewie, Claus: „ICANN im Kontext globaler Internet Governance. Transnationales Regieren und demokratische Frage: Wird ICANN ‚erfolgreich‘ scheitern?“, in: Hamm, Ingrid/Machill, Marcel (Hrsg.): Wer regiert das Internet. ICANN als Fallbeispiel für Global Internet Governance, Gütersloh 2001, S. 293-346.
- McLaughlin, Lisa/Pickard, Victor: „What is bottom-up about global internet governance?“, in: Global Media and Communication, Jg. 3, Nr. 1, 2005, S. 357-373.
- Meckel, Miriam: Die globale Agenda. Kommunikation und Globalisierung, Wiesbaden 2001.
- Meier, Werner A.: „Die Informationsgesellschaft – eine Chimäre. Die Zivilgesellschaft auf der Suche nach mehr Demokratie“, in: Medienheft, Dossier 20, 28.11.2003, S. 36-42.
- Merkel, Angela: „Die Notwendigkeit zu entscheiden reicht weiter als die Möglichkeit zu erkennen“, in: Dagger, Steffen u.a. (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden 2004, S. 21-23.
- Messner, Dirk: „Netzwerktheorien: Die Suche nach Ursachen und Auswegen aus der Krise staatlicher Steuerungsfähigkeit“, in: Altvater, Elmar u.a. (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster 1997, S. 27-64.
- Messner, Dirk: „Fallstricke und Grenzen der Netzwerksteuerung“, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 24, Nr. 97, 1994, S. 563-596.
- Oy, Gottfried: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, Münster 2001.
- Priddat, Birger: Irritierte Ordnung. Moderne Politik. Politische Ökonomie der Governance, Wiesbaden 2006.

- Raghavan, Chakravarthi: *Recolonization. GATT, the Uruguay Round & the Third World*, Penang 1990.
- Reed, David P.: „That sneaky Exponential – Beyond Metcalfe’s Law to the Power of Community Building“, <http://www.reed.com/Papers/GFN/reedslaw.html>, 05.01.2007.
- Resch, Christine: *Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise*, Münster 2005.
- Sarrazin, Achim: *Medien im Netzwerk sozialer Selbstorganisation. Sozialemergente Funktionen aktueller Informations- und Kommunikationstechniken, dargestellt am Beispiel der DRPV*, Hamburg/Münster 1993.
- Scheule, Rupert M.: „Digitale Spaltung und Vernetzungsgerechtigkeit“, in: Capurro, Rafael u.a. (Hrsg.): *Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive*, (Schriftenreihe des International Center for Information Ethics (ICIE) 3), München 2004, S. 121-137.
- Schröter, Jens: „Das Internet und der ‚reibunglose Kapitalismus‘“, in: ders. u.a. (Hrsg.): *Media Marx. Ein Handbuch*, (Masse und Medium 4), Bielefeld 2006, S. 339-354.
- Schuster, Thomas: *Staat und Medien. Über die elektronische Konditionierung der Wirklichkeit*, Wiesbaden 2004.
- Steinbicker, Jochen: *Zur Theorie der Informationsgesellschaft. Ein Vergleich der Ansätze von Peter Drucker, Daniel Bell und Manuel Castells*, Opladen 2001.
- UN General Assembly: „Resolution 56/183 on the World Summit on the Information Society“, http://www.itu.int/wsis/docs/background/resolutions/56_183_unga_2002.pdf, 05.01.2007.
- Venturelli, Shalini: „Cultural Rights and World Trade Agreements in the Information Society“, in: *Gazette*, Jg. 60, Nr. 1, 1998, S. 47-76.
- Webster, Frank: „What information society?“, in: Mackay, Hugh/O’Sullivan, Tim (Hrsg.): *The media reader: continuity and transformation*, London u.a. 1999, S. 138-164.
- Willke, Helmut: *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften. Dynamik und Riskanz moderner gesellschaftlicher Selbstorganisation*, Weinheim/München 1993.
- Wolf, Harald: „Das Netzwerk als Signatur der Epoche? Anmerkungen zu einigen neueren Beiträgen zur soziologischen Gegenwartsdiagnose“, in: *Arbeit*, Jg. 9, Nr. 2, 2000, S. 95-104.
- Wörther, Matthias: „Jenseits der Datenflut. Überlegungen zur Informationsaskese“, in: Capurro, Rafael u.a. (Hrsg.): *Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive*, (Schriftenreihe des International Center for Information Ethics (ICIE) 3), München 2004, S. 85-95.